

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
und weiterer Abgeordneter
betreffend Psychotherapie – 30 Stunden ohne Selbstkosten

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 10, Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 1435/A(E) der Abgeordneten Mag. Meri Disoski, Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Frauenspezifische Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Krise" (797 d.B.), in der 97. Sitzung des Nationalrates am 21.4.2021

Psychische Erkrankungen befinden sich europa- und österreichweit nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie auf dem Vormarsch. Laut Prognosen der WHO werden psychische Erkrankungen bis zum Jahr 2030 zu den fünf größten gesundheitlichen Belastungen zählen. Ein Ausbau und erleichterter Zugang bei der psychosozialen Versorgung ist daher dringend geboten.

Eine Online-Befragung der Donau-Universität Krems vier Wochen nach dem 1. Corona-Lockdown hat gezeigt, dass sich die Zahl an Personen, die depressive Symptome zeigten, verfünffacht hat. Besonders gefährdet sind etwa arbeitslose Menschen sowie jene mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1.000 Euro. Laut WHO treten psychische Probleme europaweit vor allem in sozial am stärksten benachteiligten Schichten deutlich häufiger auf.

Schon bislang war der Versorgungsstand für Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht bedarfsgerecht. Eine Studie des Berufsverbandes Österreichischer PsychologInnen (BÖP) hat gezeigt, dass psychische Erkrankungen noch immer ein Tabuthema ist. Nur ein geringer Teil der Betroffenen ist mit der aktuellen Versorgungslage zufrieden. Für viele Personen, insbesondere Frauen, Alleinerziehende und Familien, ist eine psychische Behandlung und Therapie aufgrund der damit verbundenen Kosten und der Tatsache, dass es in Österreich keine Psychotherapie auf Krankenschein gibt, nicht leistbar und damit unmöglich.

Gerade die Corona-Zeit mit einer steigenden Zahl von Personen, deren psychische Belastung sich bereits massiv negativ auf die Gesundheit auswirkt darf die psychische Gesundheit nicht länger eine Frage der Leistbarkeit sein. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, alles Erforderliche zu unternehmen, damit bei Erstgenehmigung einer Psychotherapie ein Stundenpaket von 30 Stunden ohne Selbstkostenanteil zuerkannt wird.“

Sd M
(SCHMIED LECHNER)

Stefan Kainz
(KAINZ)

Rosa Ecker
(ECKER)

L. Ried
(RIED)

